

V5 Ein (Rechts)Staat für alle

Antragsteller*in: Ferdinand Klemm
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Weitere Anträge
Status: Zurückgezogen

1 Ein (Rechts)Staat für alle

2 In Zeiten, in denen Gerichte effektivere Klimapolitik bestimmen als Regierungen;
3 in Zeiten in denen zivilgesellschaftlichen Akteuren die Gemeinnützigkeit
4 entzogen wird, in Zeiten in denen Klimaaktivist*innen immer öfter vor Gerichte
5 ziehen müssen, um beispielsweise ihr Versammlungsrecht durchzusetzen, müssen wir
6 sicherstellen, dass der Weg vor die Gerichte allen und gerade der
7 Zivilgesellschaft uneingeschränkt offensteht. Es kann nicht sein, dass
8 Bürger*innen und Bürger durch (unnötige) Berufungsverfahren massiv in ihren
9 Rechten beschnitten wird und Zivilgesellschaft durch potenziell teure
10 Rechtsstreitigkeiten eingeschüchtert wird. Dem müssen wir als Grüne Jugend
11 entschlossen entgegen treten. Daraus folgt die Forderung:

12
13 Der Staat hat bei allen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten für
14 Revisionsverfahren die Gerichtskosten zu tragen.
15 Außerdem hat er, sollte er das Revisionsverfahren nicht vollumfänglich gewinnen,
16 der anderen Partei eine übliche anwaltliche Entschädigung für die andere Partei
17 zu leisten

Begründung

Natürlich ist eine solche Forderung mit Kosten verbunden, natürlich kann eine solche Regelung im Zweifel auch vom politischen Gegner ausgenutzt werden. Trotzdem brauchen wir einen Rechtsstaat, der für alle offen ist.

Außerdem wird ein solcher Antrag ein entscheidendes Signal an die gesamte Verwaltung senden, der Rechtsweg und Revisionsverfahren sind KEIN geeignetes Mittel, um Zivilgesellschaft oder Bürger*innen einzuschüchtern! Das ist ein Verwaltungsverständnis, was in Zeiten von kreativem Protest und einem Versammlungsrecht, was im Zuge sich verschärfender ökologischer und sozialer Krisen immer intensiver genutzt werden muss, zwingend angebracht ist!